

ANTRAG NR. 1: Stellungnahme zum Verbot gendergerechter Sprache

Antragsteller*in: Diözesanleitung

Antragstext

Der Diözesanrat der KJG München und Freising beschließt die folgenden zwei Stellungnahmen und beauftragt die Diözesanleitung die erste Stellungnahme an die bayerische Landesregierung, vertreten durch den Ministerpräsidenten Söder und den Vize-Ministerpräsidenten Aiwanger, sowie die zweite Stellungnahme an alle demokratischen Fraktionen des bayerischen Landtags zu übersenden.

Begründung:

Durch Bekanntmachung des Ministerpräsidenten vom 01. April 2024 wurde die Allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats Bayern geändert. Durch diese Änderung ist es Beschäftigten der Behörden untersagt, im Schriftverkehr geschlechtersensible Sprache durch Wortbinnenzeichen zu verwenden. Dies führt zu einer geringeren Sichtbarkeit von geschlechtlicher Vielfalt, auch an Schulen und Hochschulen, und widerspricht somit der Vorstellung der KJG von einem gerechten Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt. Daher setzen wir uns als Verband dafür ein, dass diese Verordnung aufgehoben wird, damit Diskriminierung und Verletzungen, die durch die Änderung hervorgerufen werden können, vermieden werden.

Stellungnahme 1:

„Sehr geehrter Herr Dr. Söder,

sehr geehrter Herr Aiwanger,

die Katholische junge Gemeinde (KjG) München und Freising ist ein kirchlicher Jugendverband im Gebiet der Erzdiözese München und Freising. Wir setzen uns ein für die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch über unseren Verband hinaus. Ein wichtiger Wert, den wir neben anderen vertreten, ist die Überzeugung, dass geschlechtliche und sexuelle Vielfalt gott+gewollt sind und in unserer Gesellschaft das Bewusstsein für diese Wirklichkeit gestärkt werden muss, damit Diskriminierungen und Verletzungen vermieden werden können.

Mit Bestürzung haben wir daher die Änderung der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats Bayern vom 01. April 2024 zur Kenntnis genommen. In dieser wurde der Passus eingefügt: „Mehrgeschlechtliche Schreibweisen durch Wort- binnenzeichen wie Genderstern, Doppelpunkt, Gender-Gap oder Mediopunkt sind unzulässig.“ Dazu möchten wir Ihnen Folgendes mitteilen:

Gemäß der HAY-Studie, die vom Bayerischen Jugendring (BJR) und dem Institut für Diversity- und Antidiskriminierungsforschung (IDA) durchgeführt wurde und die die Lebensrealität von queeren Menschen in Bayern untersucht hat, wird Schule als ein Ort genannt, an dem queere Menschen oft Diskriminierung erfahren. An diesem Ort nun Sprache zu verbieten, die alle Menschen gleichberechtigt einschließen möchte, ist fast schon zynisch. Auch über Bildungseinrichtungen hinaus sollten staatliche Behörden alle Menschen unabhängig von deren geschlechtlicher Identität gleichermaßen ansprechen und respektieren.

Wir als Diözesanverband der KjG München und Freising sind überzeugt, dass Sprache Realität schafft und deswegen alle Menschen repräsentieren muss! Ein einfacher Weg, alle Menschen anzusprechen und sichtbar zu machen, sind die von Ihnen nun untersagten mehrgeschlechtlichen Schreibweisen. Nur wenn alle Geschlechter in der Sprache abgebildet werden, können diese jedoch im Bewusstsein der Menschen vorkommen und vor Diskriminierung geschützt werden.

Verbote scheinen uns bei diesem gerade für junge Menschen wichtigen Thema nicht zielführend, um den gesellschaftlichen Konsens, dass jede*r

Einzelne das Recht auf Schutz, Anerkennung und Respekt hat, zu bewahren. Aus unserer Sicht ist nicht geschlechtergerechte Sprache ein Problem für die Gesellschaft. Ihr Fehlen wird dazu führen, dass queere Menschen weiterhin marginalisiert werden.

Wir fordern daher die Bayerische Staatsregierung auf, diesen Beschluss zu revidieren und stattdessen einen Beschluss zu fassen, der mehr geschlechtersensible Sprache ermöglicht, um Menschen zu schützen und Diversität zu fördern!

Stellungnahme 2:

Sehr geehrte Abgeordnete des Bayerischen Landtags,

die Katholische junge Gemeinde (KjG) München und Freising ist ein kirchlicher Jugendverband im Gebiet der Erzdiözese München und Freising. Wir setzen uns ein für die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch über unseren Verband hinaus. Ein wichtiger Wert, den wir neben anderen vertreten, ist die Überzeugung, dass geschlechtliche und sexuelle Vielfalt gott+gewollt sind und in unserer Gesellschaft das Bewusstsein für diese Wirklichkeit gestärkt werden muss, damit Diskriminierungen und Verletzungen vermieden werden können.

Mit Bestürzung haben wir daher die Änderung der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats Bayern vom 01. April 2024 zur Kenntnis genommen. In dieser wurde der Passus eingefügt: „Mehrgeschlechtliche Schreibweisen durch Wort- binnenzeichen wie Genderstern, Doppelpunkt, Gender-Gap oder Mediopunkt sind unzulässig.“ Dazu möchten wir Ihnen Folgendes mitteilen:

Gemäß der HAY-Studie, die vom Bayerischen Jugendring (BJR) und dem Institut für Diversity- und Antidiskriminierungsforschung (IDA) durchgeführt wurde und die die Lebensrealität von queeren Menschen in Bayern untersucht hat, wird Schule als ein Ort genannt, an dem queere Menschen oft Diskriminierung erfahren. An diesem Ort nun Sprache zu verbieten, die alle Menschen gleichberechtigt einschließen möchte, ist fast schon zynisch. Auch über Bildungseinrichtungen hinaus sollten staatliche Behörden alle Menschen unabhängig von derer geschlechtlichen Identität gleichermaßen ansprechen und respektieren.

Wir als Diözesanverband der KjG München und Freising sind überzeugt, dass Sprache Realität schafft und deswegen alle Menschen repräsentieren

muss! Ein einfacher Weg, alle Menschen anzusprechen und sichtbar zu machen, sind die von der Staatsregierung nun untersagten mehrgeschlechtlichen Schreibweisen. Nur wenn alle Geschlechter in der Sprache abgebildet werden, können diese jedoch im Bewusstsein der Menschen vorkommen und vor Diskriminierung geschützt werden.

Verbote scheinen uns bei diesem gerade für junge Menschen wichtigen Thema nicht zielführend, um den gesellschaftlichen Konsens, dass jede*r Einzelne das Recht auf Schutz, Anerkennung und Respekt hat, zu bewahren. Aus unserer Sicht ist nicht geschlechtergerechte Sprache ein Problem für die Gesellschaft. Ihr Fehlen wird dazu führen, dass queere Menschen weiterhin marginalisiert werden.

Wir fordern Sie daher auf, gegen die Änderung der Allgemeinen Geschäftsordnung durch die Staatsregierung vorzugehen und stattdessen Regelungen durch den Landtag zu treffen, die mehr geschlechtersensible Sprache ermöglichen, um Menschen zu schützen und Diversität zu fördern.